

# Öffentliche



# Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentral im Hause) Amt Zentrum 6899, 6890, 6901, 6892, für Ferngespräche Amt Zentrum 10643, 10641.

## Der treudlose Friede.

Leergebrannt ist die Stätte, wüder Stürme rauhes Bette. Leergebrannt ist der Balkan und leergebrannt sind die Bergen, die voll patriotischer Blut in den Krieg gegen die Türkei zogen. Das bulgarische Regierungsbüro, "Mir" veröffentlicht einen Artikel unter dem Titel: "Der treudlose Friede". Die Bulgaren sind in Leskuf, das der Serben nicht aus der Hand lassen wollen, während eine Besonderekommission der bulgarischen Regierung, an Herrn Sazonow und die Vertreter der Großmächte in Sofia, worin erklärt wird, die bulgarische Bevölkerung Malekoniens habe gehofft, der Einmarsch der jersischen Truppen werde sie für immer vom drückenden Joch befreien, aber die jersische Herrschaft bringe ihnen ein neues Joch, das "schwerer laftet und noch unerträglicher ist als das der Türken". Und sie haben recht, so zu sprechen, denn niemals hat sich die Türkei der Hoffnung hingegeben, die Fremdböller ihres Reiches in Kärnten umzuwandeln zu können, niemals waren die Bulgaren Malekoniens von gewaltsamer Einnationalisierung bedroht, auch nicht unter dem jungtürkischen Regime, das nur das Ziel verfolgte, die nichttürkischen Volksstämme enger an die Staatsgemeinschaft anzuschließen. Das sich die Jungtürken dabei völlig in den Mitteln vergriffen, steht auf einem anderen Blatte. Unter den Türken blieben die Bulgaren sechsundzwanzig Jahre lang Bulgaren, unter den Serben wird in einem Jahrzehnt oder längstens in zwei der letzte Bulgare aus dem jersisch gewordenen Teilen Malekoniens verschwinden sein. Mit allem Nachdruck wird die Serbifizierung durchgeführt, und wer sich nicht beugt, der fliegt — entweder über die Landesgrenze oder ins Gefängnis.

An der Schwelle des Balkankrieges standen die Namen Kottikawa und Jitip. Die von den Türken blutig vergoltenen Bombenattentate in jenen beiden Orten brachten die erwünschte Kriegserklärung hervor. Kaum ist der Friede mit der Türkei geschlossen, so hört man wieder von Jitip. Bulgarische und jersische Truppen liegen einander dort gegenüber. Es soll auch schon zu einem Schermschlacht zwischen ihnen um den Besitz von Jitip gekommen sein. Einer derberühmten kalkanischen Entwürfskünstlerin zieht wieder auf. Dazu also haben die Bulgaren die Bombe auf dem Marzipan von Jitip geschleudert, damit Jitip jersisch wird? Und überhaupt die ganze jahrelange Bantzenbewegung in Struma- und Warbogegebiet bis hinab nach Monastir und Saloniki soll nur den Jitip gehabt haben, das das Land schließlich den Bulgaren entzogen wird? Sie haben einen Bund gegen die Türken miteinander geschlossen, und es stellt sich heraus, daß es ein Bund wider die Natur. Von einem Serben stammt das Wort von den "antientnographischen Notwendigkeiten". Nach der markonischen Seite hin wollen die Bulgaren in ihrer Betriebsamkeit gegen die Serben diese Notwendigkeiten nicht anerkennen; in der Richtung auf die ägäische Küste bedeuten sie sich keinen Augenblick, antientnographisch gegen die Griechen vorzugehen. An den antientnographischen Notwendigkeiten feiert der Balkanbund. Und Herr Venizelos, der griechische Ministerpräsident, von dessen Raatamännlicher Kunst manche Kreise die Überwindung dieser neuen Balkanfronte erhoffen, wird schwerlich daran was ändern können. In halbantientnographischen Blättern findet man Kartenfiguren mit dem "Minimum" der griechischen Ansprüche. Wenn Herr Venizelos von diesem Minimum Raatamännlich noch ein gutes Stück nachläßt, wird er von einer Herkulesangabe mit Bulgaren trotzdem noch sehr weit entfernt bleiben.

Die Türken sind verdrängt, sonst hat sich nichts verändert auf dem Balkan. Der balkanische Jugoslavienkrieg ist so kräftig, wie er immer war. Die europäischen Kabinette werden nach wie vor mit Memoranden nur zu bombardiert. Und nicht bloß in der oben erwähnten Leskuf Eingabe an die Diplomaten findet sich das Eingeständnis, daß man einen unerfüllbaren Kampf gemacht hat. Das es so kommen werde, war uns nur allzu bekannt. Wir haben von Augenblick der Kriegserklärung an nicht unterlassen, auf diesen Ausgang vorzubereiten. Möglich, daß ein Krieg zwischen den entzweiten Verbündeten sich nicht verhüten lassen. Sider ist vorläufig nur, daß sie ihre Ketteerklärungen, die gegen die Türkei überflüssig geworden sind, im Hinblick auf ihre gegenseitigen Auseinandersetzungen beibehalten. Aus dem Kriege, der dem Balkan den "schuldigen, barmherzigen Frieden" hätte bringen sollen, ist eine Saat des Hasses aufgewachsen, die alles Bisherige in den Schatten stellt. Dieser Haß bleibt — ob nun eine notwendige Formel für eine Abgrenzung gefunden wird oder ein neuer Hoffnung über die Wiedereinstellung entscheidet. Er "lastet schwerer und ist noch unerträglicher", um mit den Worten der Serben aus Leskuf zu sprechen, als es der Haß gegen die Türken war, und deshalb ist es ein treudloser Friede, der über den Balkan gekommen ist.

## Neue Einberufungen in Griechenland.

Athen, 5. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlass, durch den der Jahrgang 1913 unter die Fahnen berufen wird.

## Ein neues griechisches Schiffschiff.

Athen, 6. Juni. Wie die "Paris" als sicherer Quelle erfährt, hat die Regierung den Bau eines Großschiffes von 19 500 Tonnen Wasserverdrängung endgültig beschlossen; Admiral Gondouriotis habe an dem ersten Entwurf einige Änderungen hinsichtlich der Konzeption und der Artillerie vorgenommen.

## Der Kampf um die Megäis-Inseln.

Konstantinopel, 5. Juni. Wie aus streifen der Poste berichtet, soll von einer besonders türkischen Kommission die Ausarbeitung eines Statuts für die Megäis-Inseln durchgeführt werden. Dieses Statut soll den Bewohnern der Inseln vor allem vollkommene Befreiung von allen

militärischen Lasten und Pflichten gewähren und ferner zur Reform der Verwaltung und der Gendarmerie selbständige Kräfte aus den kleineren, uninteressierten europäischen Staaten heranziehen. Die Pässe und Steuern verbleiben vollkommen den Inseln selbst. Man glaubt, daß bei Einführung eines derartigen Statuts die Vorliebe der Bevölkerung etwa zu gewöhnlicher Option zugunsten der Türkei ausfallen würde. Für die in größerer Entfernung vom Festlande liegenden Inseln käme das Statut kaum in Betracht, da der Besitz dieser Inseln kein Lebensinteresse für die Türkei baste.

## Armenier als Verwaltungsbeamte in der europäischen Türkei.

Konstantinopel, 5. Juni. Die Regierung hat zwei Armenier zu Mustafas von Ergene und Cuentepe ernannt.

## 16 : 10 und die kanadischen Dreadnoughts.

Die Erörterung in der englischen Presse.

London, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Wächter der englischen Admiralität, in Anbetracht des Scheiterns der kanadischen Flottenvorlage den Bau dreier Schlachtschiffe, der für den März vorgesehen war, schon jetzt in Angriff zu nehmen, findet im allgemeinen die Billigung der englischen Presse. Einige besonders rüstungsfreudige Organe, die "Times" und "Daily Mail", erklären die Maßregel einer Beschleunigung der bestehenden Bauprogramme für unzureichend und fordern die Neuerrichtung dreier Schlachtschiffe. Gegen eine solche Ansicht weicht sich besonders die radikale "Daily News" und weist dabei wieder auf die Vorschläge einer Rüstungsverhandlung mit Deutschland hin.

Die neuen Schiffe werden an Stärke alle bisherigen Einheiten der englischen Flotte übersteigen. Die Baukosten sind auf je 50 Millionen Mk. veranschlagt.

London, 6. Juni. Die "Times" schreibt: "Die Beschleunigung des britischen Schiffbauprogramms ist nur als vorläufige Maßregel ausreichend. Sie ändert nicht die Tatsache, daß auch und nicht fünf neue Schiffe im Jahre 1916 für die weltweiten Bedürfnisse des Reiches erforderlich sind, so daß daher auch fünf Schiffe vor dem nächsten Frühjahr auf Stapel gelegt werden müssen. Wir erwarten, daß Herr Churchill dies in seiner nächsten Ansprache, die er für den Etat des Schiffbaues ausgeht hat, unmissverständlich klar machen wird." Das Blatt nimmt Bezug auf den Vorfall aus dem Reden Churchills vom 18. März 1912 und dem 28. März d. J., um zu zeigen, daß Churchill die drei kanadischen Schiffe immer als außerhalb des 60 v. S. Standard stehend betrachtet haben und schließlich: "Es ist bedauerlich, daß die Notwendigkeit, diese Lücken auszufüllen, eine internationale Erörterung erneuert hat, die von allen wahren Freunden des Friedens beflagt worden ist. Aber die Lage läßt uns keine Wahl und wir müssen auf das bessere Einvernehmen rechnen, das glücklicherweise jetzt zwischen uns und dem deutschen Volke besteht, um einen erneuten Ausbruch des Argwohn in der beiderseitigen Presse zu verhindern."

Der liberale "Daily Chronicle" sagt: "Churchills Erklärung bedeutet tatsächlich eine ernsthafte Verminderung unserer Flotte und ihrer Kosten und wird als solche von den Liberalen mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Man kann nicht sagen, daß sie mit den früheren Grundgedanken Churchills in Widerspruch stehe, obgleich ein Widerspruch mit einigen seiner früheren Erklärungen besteht. Denn tatsächlich schwand er zwischen zwei Grundgedanken, die miteinander nicht in Einklang stehen. Einerseits sagte er, daß der Maßstab der britischen Seerüstungen ein Verhältnis von 16 : 10 zwischen den Schiffen im Vergleich zu den stärksten Seemächten bilden sollte, andererseits gedachte er eine neue Woge von dem zweitweiten Schutz des britischen Reiches, zu dem die Dreadnoughts der Dominanten beisteuern könnten. Das Blatt fordert eine möglichst genaue Umschreibung dieses "zweitweiten Schutzes", sonst verliere der britische Grundgedanke des Verhältnisses von 16 : 10 jede Bedeutung. Wenn England zehn Schiffe gegen sechs deutsche baue und außerdem freiwillig viele zum Schutz des Reiches, so liege in dieser Haltung eine Unaufrichtigkeit sowohl gegen den britischen Steuerzahler als gegen das deutsche Marineamt."

Die gleichfalls liberale "Daily News" erklärt, die Regierung könne keine eigenen Schiffe an Stelle der kanadischen bauen. Je früher Churchill das in nicht mißverständlicher Weise feststelle, desto besser sei es.

Die sozialistische "Daily Mail" erklärt die Beschleunigung des Baues der drei Schiffe für eine falsche Maßregel, man hätte gesagt, daß die Regierung alsbald drei neue Schiffe auf Stapel legen würde.

"Daily Telegraph" billigt die Maßregel der Regierung. Die Entscheidung werde damit hinausgeschoben. Wenn das kanadische Volk bis zum nächsten März seine Parzellierung nicht angelegentlich habe, müßte England die Saat auf sich nehmen, die der kanadische Staat jetzt abgelehnt habe. Auf jeden Fall müßten die Schiffe gebaut werden.

## Einkommen und Wehrbeitrag.

Die Budgetkommission des Reichstages behandelte heute insbesondere die Heranziehung des Einkommens zum Wehrbeitrag. In den vertraulichen Vorlesungen war von einer Wehrbeitrag Kapitalisierung des Einkommens auf den sechs- bis zehnfachen Betrag in Aussicht genommen worden. Man führte jedoch mancherlei Bedenken gegen diese Berechnungsart an. Erst in der Hauptkommission liegen mehrere Entwürfe vor: von den Nationalliberalen, vom Reichsminister Grafen v. Helldorf und von der Volkspartei. Die beiden letztgenannten sehen eine Kapitalisierung des Einkommens vor, während der nationalliberale Antrag darauf verzichtet und eine prozentuale Mindeststeuer nach Maßgabe des Einkommens in Aussicht nimmt. Die Volkspartei verändert ihren bisherigen Antrag durch Erhöhung der Prozente des Einkommens von 5600 auf 7600 Mk. und setzt nunmehr 8 als Multiplikator anstatt 10, wie es in dem Antrag ursprünglich vorgeschlagen war.

Der preussische Generaldirektor äußert eine Reihe von Bedenken gegen diesen Antrag und namentlich gegen die weiter in dem vorkapitalisierten Antrag enthaltene Unterscheidung zwischen Einkommen aus freien Berufen und lebenslänglicher Anstellung. Der Antrag würde kaum durchführbar sein. Es stehen zwei einmaligen Beiträge im Wege. Die Unterscheidung zwischen den einzelnen Einkommensarten im Sinne des Antrags sei eine Unmöglichkeit. Ein Mitglied des Zentrums meinte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der eine

## reichsgesetzliche Bestimmung der steuerpflichtigen Einkommen

zur Grundlage machen will. Das würde eine Unsumme neuer Arbeit für die Steuerbehörden herbeiführen. Der vorkapitalisierte Antrag würde gerade, hohe Einkommen schonen. Während ein Vertreter der Volkspartei dem Antrag seiner Partei gegen die Bedenken des Reichsministerpräsidenten verteidigt, meinte sich ein Nationalliberaler gegen das kompliziertere dieses Antrages. Er würde eine Anzahl von Vorfällen nach sich ziehen. Man verleihe überhaupt viel zu sehr den Grundgedanken des Gesetzes: eines einmaligen Beitrags, und spezialisieren die zu viel und jede Spezialisierung vermehre die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung. Der Reichsminister hält den vorkapitalisierten Antrag für undurchführbar. Am meisten näherte sich der Regierungsvorlage der nationalliberale Antrag, der auch am einfachsten durchführbar sei. Einen allzu hohen Prozentsatz der Besteuerung zu wählen, werde nicht angängig sein. Nach dem Antrag der Nationalliberalen käme in zweiter Linie der Antrag des Reichsministerpräsidenten in Frage, doch sollte auch hier der Multiplikator möglichst ermäßigt werden.

Die Sozialdemokraten wenden sich gegen die Heranziehung der Einkommensgrenze von 5000 Mk. auf 7500 Mk. Das würde 90 v. S. der akademisch gebildeten Beamten freilassen. Der Antrag der Volkspartei sei auch zu kompliziert. Die Sozialdemokratie wünscht eine härtere Heranziehung des untergehaltenerwerblichen Einkommens durch Einführung eines Multiplikators von 12. Bei sehr hohen Einkommen könne man recht gut bis auf den Multiplikator 15 hinansteigen. Das abgabefähige Vermögens Einkommen brauche nicht höher als mit 4 v. S. des Vermögens angelegt zu werden. Eine reichsgesetzliche Regelung der Heranziehung des Einkommens würde keineswegs unüberwindliche Schwierigkeiten in sich schließen, zumal nach der Vorlage auch die Bundesstaaten eventuell noch besondere Einkommenssteuer-gesetze schaffen müßten.

Ein vorkapitalisiertes Mittel hat es für unmöglich, eine faktische Gelegenheit zu schaffen. Man sollte mehr die Entscheidung den Behörden im Einzelfalle überlassen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet sei der vorkapitalisierte Antrag ohne Nutzen durchführbar. Die Sozialdemokraten, die jetzt die untere Einkommensgrenze von 7500 Mk. für zu hoch erklärt, habe selbst vor einer Woge den Antrag gestellt, als untere Grenze 10 000 Mk. zu wählen.

## Es folgt die Abstimmung.

Nach Ablehnung sämtlicher von den Nationalliberalen, der Volkspartei und den Sozialdemokraten gestellten Anträge wird der Antrag des Reichsministerpräsidenten Grafen v. Helldorf mit unentschiedenen Änderungen angenommen. Der so gefaßte Beschluß hat danach folgenden Inhalt:

Die Grundlage der Heranziehung des Einkommens ist die Kapitalisierung. Die Einkommen sind bis zu 5000 Mark abgabepflichtig. Vermögen, die den Betrag von 80 000 Mk. und sofern der Wichtige ein Einkommen von weniger als zweitausend Mark hat, den Betrag von fünfzigtausend Mark nicht übersteigen, sind beitragsfrei. Als Einkommen gilt das niedrigste Einkommen der Steuerpflichtigen, in welcher der Steuerpflichtige unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse zur Einkommensteuer veranlagt ist. Im Antrag des Reichsministerpräsidenten ist für die Erhebung des zweiten oder letzten Drittels die neueste Einkommensteueranordnung zugrunde zu legen, sofern diese gegenüber der ursprünglichen Veranlagung ein weniger von Wertz und mehr vom Hundert ergibt. Von den festgestellten Einkommen wird ein Betrag abgezogen, der einer Verzinsung von fünf vom Hundert des abgabepflichtigen Vermögens entspricht.

Das hiernach festgesetzte Einkommen wird, wenn es nicht mehr als fünfzigtausend Mark beträgt, mit seinem sechsfachen, wenn es mehr als fünfzigtausend, aber nicht mehr als hunderttausend beträgt, mit seinem achtfachen, wenn es mehr als hunderttausend Mark beträgt mit seinem zehnfachen und — wie durch Annahme eines Antrages Ergrübler hinzugefügt wurde — bei mehr als zweihunderttausend Mk. mit dem zwölfwachen Betrage in Anschlag gebracht.

Beträgt das veranlagte Einkommen weniger als fünfzigtausend Mark, so wird das Einkommen nur dann befreit, wenn es einem beitragspflichtigen Vermögen hinanzurechnen ist.